

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 409 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Berkaufsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221. Mittwoch, den 22. September 1897. 4. Jahrgang.

Stier eine Beilage.

Bericht der Parteileitung.

(Schluß).

Verfolgungen und Bestrafungen Wie aus der unten folgenden Zusammenstellung ersichtlich ist, haben die erkannten Gefängnisstrafen in dem Berichtsjahre eine Höhe erreicht, die alle vorausgehenden Jahre übersteigt. Mehr als die Hälfte der erkannten Gefängnisstrafen entfällt auf die mit den Vorkämpfern im Zusammenhang stehenden Verurtheilungen, die in vielen Fällen, so aus Anlaß des Hamburger Hafenarbeiterausstandes, aber auch in Lübeck, Leipzig u. a. recht empfindlich angefallen sind. Nach wie vor dem Strafregister entnommenen Auszug sind wegen der aus Anlaß von Vorkämpfern begangenen Delikte erkannt auf 70 Jahre 10 Monate 6 Wochen 3 Tage Gefängnis und 1505 Mark Geldstrafe. Davon entfällt die größere Hälfte mit 37 Jahren und 3 Wochen Gefängnis und 1418 Mark Geldstrafe auf die in Hamburg und Altona gefällten Urtheile. Nach alledem hat die Annahme gewiß Berechtigung, daß die von höchster Stelle aus ergangene Mahnung: „Schwerste Strafe demjenigen, der seine Mitmenschen an freiwilliger Arbeit hindert“, auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Im vorigen Bericht verwiesen wir auf die besondere Aufmerksamkeit, deren sich unsere Presorgan in Erfurt und Breslau seitens der Staatsanwaltschaft zu erfreuen hatten. Im abgelaufenen Berichtsjahre hat sich diese Aufmerksamkeit auf unser Organ in Halle a. S. übertragen. Ein Bier- und Mühlenboykott gab Veranlassung zu zahlreichen, meistens im höchsten der angezogenen Strafbestimmungen erkannten Geld- und Haftstrafen. Das Strafregister der Partei weist 61 Verurtheilungen wegen Verübung groben Unfugs auf. Davon partizipirt Halle mit 11 Fällen. Insgesamt wurden wegen Verübung groben Unfugs gegen Personen erkannt auf 1 Jahr 7 Monate 3 Wochen und 5 Tage Haft, und 2970 Mark Geldstrafe. Hiervon entfallen auf Halle 1 Jahr 3 Wochen und 5 Tage Haftstrafe.

Seit dem die Entdeckung gemacht worden ist, daß die Strafbestimmung über die „Verübung groben Unfugs“ als treffliches Mittel in der Bekämpfung sozialistischer Propaganda zu gebrauchen ist, ist im Volke die Meinung eine weit verbreitete geworden, die in dem Epigramm Ausdruck findet: „Was man nicht definiren kann, sieht man als groben Unfug an.“ Dem Einfluß dieser Meinung scheint der preussische Justizminister auch nachgegeben zu haben, wie ein Erlass vom 11. Januar vermuten läßt, der dahin geht, daß die Bestrafungen wegen Verübung groben Unfugs sich auf Handlungen oder Unterlassungen, die den Bestand der öffentlichen Ordnung führen oder gefährden, zu beschränken habe.

Die Anstrengungen, für unsere im Offener Meinungsprozess verurtheilten Genossen ein Wiedereröffnungsverfahren herbeizuführen, sind leider erfolglos geblieben. Am 29. Januar lehnte das Offener Landgericht den Antrag auf Wiedereröffnung des Verfahrens ab. Dasselbe geschah am 21. Mai seitens des Oberlandesgerichts hannovers als Berufungsinstanz. Am 17. August waren es 2 Jahre, daß Schröder, Meyer und Genossen verurtheilt wurden. Die Angehörigen Schröders hoffen, daß an dem diesmöglichen Jahrestag dem Gatten und Vater die im § 23 des R.-St.-G. vorgesehene Vergünstigung zu Theil und seine Entlassung verfügt werde. Bisher ist die gehegte Hoffnung zu Schanden geworden.

Ein großer Theil der theilweise mit harten Strafen gesühnten Verurtheilungsprozesse ist auf falsche, den Thatsachen nicht entsprechende Verherrlichung beobachteter Vorgänge seitens der Genossen zurückzuführen.

Ein besonders eklatanter Fall hat dem Redakteur der „Reinischen Tribüne“, Genossen Rasch, 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis eingetragen, wegen Verurtheilung nicht von unseren Parteigenossen gestellt werde, so können wir feststellen, daß von den zahlreichen in diesem Jahre erfolgten Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung auf unsere Partei nur 7 entfallen. Bei der schweren und gefährlichen Thätigkeit unserer Parteigenossen werden bei größter Vorsicht solche Einzelfälle vorkommen, zumal wenn man bedenkt, daß Byzantiner- und Streberthum zu einer Wäthe entfaltet ist, die jede Konkurrenz mit gleichen vorausgegangenen Geschichtsepochen ansahlt.

Sind die die Genossen betroffenen Strafen auch mitunter hart, der Muth und die Ausdauer derselben wird dadurch nur gestärkt. Ohne Kampf kein Sieg!

Monat:	Gefängnisstrafen:				Geldbuße:
	Jahre	Monate	Wochen	Tage	
September	3	1	3	5	2297
Oktober	10	4	3	1	1800
November	3	5	3	—	5856
Dezember	11	—	4	2	1816
Januar	26	4	3	1	2516
Februar	17	6	3	4	4017
März	10	10	3	4	2400
April	15	4	—	2	1904
Mai	6	11	1	5	1615
Juni	3	9	1	3	1211
Juli	5	8	1	3	1940
August	3	10	3	6	1357
Zusammen	118	8	—	3	28229

Sprachen wir im vorjährigen Bericht unsere Genugthuung darüber aus, daß das „Gros der Verbrecher“ aus den sich häufenden Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung nicht von unseren Parteigenossen gestellt werde, so können wir feststellen, daß von den zahlreichen in diesem Jahre erfolgten Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung auf unsere Partei nur 7 entfallen. Bei der schweren und gefährlichen Thätigkeit unserer Parteigenossen werden bei größter Vorsicht solche Einzelfälle vorkommen, zumal wenn man bedenkt, daß Byzantiner- und Streberthum zu einer Wäthe entfaltet ist, die jede Konkurrenz mit gleichen vorausgegangenen Geschichtsepochen ansahlt.

Sind die die Genossen betroffenen Strafen auch mitunter hart, der Muth und die Ausdauer derselben wird dadurch nur gestärkt. Ohne Kampf kein Sieg!

Politische Grundfragen Deutschland.

Vom Kaiser. Das „Berliner Tagebl.“ meldet, der Kaiser habe zu dem Erzherzog Friedrich in einem Ge-

spräch über Musik und Litteratur geäußert, er werde demnächst wieder etwas komponiren.

Der Bundesrath nimmt mit einer Sitzung am 7. Okt. seine Thätigkeit nach den Sommerferien wieder auf. Fürst Hohenlohe wird dann Gelegenheit nehmen müssen, dem Bundesrath mitzutheilen, was er zur Erfüllung seiner berühmten Versprechungen zu thun gedenkt. In Bezug auf das Vereinsrecht bleibt ihm bekanntlich keine andere Wahl, als das vom Reichstage beschlossene. Es sollen bei der Rückkehr Hohenlohes auch die Besetzungen im diplomatischen Dienste vor sich gehen. Frhr. v. Marschall geht nicht nach Rom, sondern wahrscheinlich nach Konstantinopel. Als Nachfolger des Oberpräsidenten von Bannern wird Graf Konstantin zu Wernigerode, a. H. Regierungspräsident in Merseburg, genannt.

„Alles gerettet!“ Das „Hirschberger Tageblatt“ berichtet über die Reise des Oberpräsidenten Fürsten Hohenlohe im Ueberfluthungsgebiet. Derselbe habe gefunden, daß an vielen Orten Privatleute die Schäden an Aekern und Gebäuden bereits ganz oder theilweise beseitigt, andere dagegen noch nichts gethan hätten in der Meinung, der Staat sei verpflichtet, alles allein zu machen. Der Oberpräsident habe den „Fleißigen“ Unterstützung zugesagt, den „Trägern“ dagegen nicht. Namentlich sei die Stadt Schmiedeberg sehr fleißig gewesen in der Beseitigung der Schäden und der Oberpräsident habe ihr deshalb gleich eine Unterstützung von 10 000 Mark zugewiesen und weitere in Aussicht gestellt. Er stellt eine einheitliche Flußregulirung sämtlicher Gebirgsflüsse in Aussicht. Er soll gesagt haben: „Ich werde dafür sorgen, daß die Bewohner des Riesengebirges bei zukünftigem Hochwasser ruhig schlafen können.“ — Da zur Regulirung der Flußläufe Millionen erforderlich sind, so hat sich der Herr Oberpräsident sehr viel vorgenommen, was seinem Herzen alle Ehre macht. Aber woher das Geld nehmen? — Wie das „Schles. Morgenblatt“ meldet, sollen zur Durchführung der Herstellungsarbeiten größere Massen von Militär aller Waffengattungen beordert werden. Man erwartet in vierzehn Tagen nach der Reise aus Ungarn den Kaiser im Gebirge und beschleunigt deshalb die Herstellungsarbeiten. Von einer einigermassen ausreichenden Staatshilfe verlautet aber immer noch — nichts.

Die Miquel'sche Politik der „Sammlung“ beginnt zu reifen. Es heißt, daß die Agrarier sich mit den rheinisch-westfälischen Schutzöllnern über die Erhöhung der Zölle zu einigen bemüht sind. Herr Bueck, der Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller, soll auch bereits die Erhöhung der Getreidezölle zugestanden haben. Herr von Plösch ist darüber natürlich hoch erfreut. Er hat von Karlsbad aus an den Provinzialvorsitzenden des Bundes der Landwirthe, Freiherrn v. Plettenberg-Mehrum, im Anschluß an die Verhandlungen des Düsseldorf-Parteitags der rheinischen Konservativen, geschrieben:

Es freut mich aufrichtig, daß volle Einigkeit im wirtschaftlichen Vorgehen der Industrie und Landwirtschaft erzielt ist. So muß es sein, und Anderes hat der Bund nie gewollt. Wir mußten anfänglich unsere Interessen in den Vordergrund stellen, da wir die durch die Handelsverträge Geschädigten waren. Wir wollten nur Gerechtigkeit, und dazu Hand in Hand mit Industrie und reellem Handel gehen! Alles sonstige Gerede ist Verleumdung.

Daß die Vertreter der Großindustrie zu einem solchen Pakt mit den Agrariern bereit sind, glauben wir gern. Herr Bueck hat ja noch vor Kurzem erklärt, die Getreidezölle bedeuteten keine Erhöhung des Arbeitslohns, ihr Wegfall keine Senkung desselben. Was soll da noch sein Kapitalistenherz gegen die Getreidezölle haben, wenn es sich so die Unterstützung der Agrarier bei der Revision der Handelsverträge im schutzöllnerischen Sinne sichern kann. Dennoch aber dürste der Friede, den Agrarier und Schlotbarone auf Kosten der Arbeiterklasse und des Mittelstandes schließen wollen, nicht von langer Dauer sein. Auch die übrigen Staaten verbarrikadiren sich mehr und mehr durch hohe Exportzölle. Die deutsche Industrie kann aber den Export nicht entbehren, und um sich in den übrigen Staaten zu behaupten, wird sie gezwungen sein, diesen als Entgelt die Getreidezufuhr nach Deutschland zu erleichtern. Je höher dann die Getreidezölle sind, umso mehr wird die Industrie durch deren Herabsetzung bei der Schaffung neuer Handelsverträge für sich herausgeschlagen können. Und dann zerfällt wieder das Band zwischen Industrie und Landwirtschaft; die Agrarier werden die Geprellten sein; das deutsche Volk aber darf sich bis dahin

nicht gebulden; es muß verhindern, daß dieser saule Friede durch einen neuen Beutzug auf seine Taschen zu Stande kommt. Das bedrohliche Steigen der Getreidepreise in Folge der allgemein schlechten Ernten, die drohende Theuerung wird die Bewegung gegen die Getreidezölle wieder in Fluß bringen und hoffentlich mit dazu beitragen, daß bei den nächsten Wahlen beiden Ausbeuterguppen, die den Wahlstand des Volkes unter sich verschachern wollen, den Agrariern und Schutzöllnern, dieses Handwerk gelegt wird.

Die Frage der Abschaffung der Beamtenkautionen soll, wie in Berliner politischen Kreisen verlautet, in der letzten unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Dr. von Miquel abgehaltenen Sitzung des Staatsministeriums zur Berathung gestanden haben. Die Aufhebung der Beamtenkautionen in Preußen wie im Reich soll unmittelbar bevorstehen.

Versorgung der Hinterbliebenen der Lehrer. Die „Frankf. Btg.“ läßt sich aus Berlin melden, daß zur Zeit im Kultusministerium Erwägungen darüber angestellt werden, wie auf gesetzlichem Wege eine bessere Versorgung der Hinterbliebenen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen herbeigeführt werden könnte. Die Bezirksregierungen sind veranlaßt worden, dem Ministerium baldmöglichst die erforderlichen statistischen und sonstigen Grundlagen für die Beurtheilung der Frage einzureichen.

Im Prozeß gegen Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung findet die Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht am 12. Oktober statt.

Ueber das Gottesgnadenthum schreibt Mehring in der „Neuen Zeit“:

„Wenn der Kampf mit dem Gottesgnadenthum in seinen absolutistischen und feudalen Formen heute ungleich leichter sein mag, als er vor fünfzig Jahren war, so ist er dennoch ein schwerer Kampf. Und aus der bisherigen Geschichte der deutschen Bourgeoisie begreift es sich leider allzu leicht, daß je troziger das Gottesgnadenthum auf sein Dasein pocht, um so zaghaftere Stimmen in der liberalen Presse laut werden, die dem drohenden Kampfe wieder ausweichen möchten. In ihrer bekannten staatsmännischen Ueberlegenheit“ fragen sie, ob denn das Heil der deutschen Nation davon abhinge, daß ein paar Panzer mehr oder weniger gebaut würden? Das sind dieselben traurigen Medensarten, mit denen die Sache des Volkes seit fünfzig Jahren wieder und wieder verspielt worden ist. Ein paar Panzer mehr oder weniger mögen eine verhältnismäßig gleichgültige Sache sein; eine sehr entscheidende Sache aber ist die Frage, ob das Gottesgnadenthum endlich einmal auf einen entschiedenen und unerschütterlichen Widerstand stößt. Niemand verlangt von der liberalen Bourgeoisie, daß sie sich den Kopf an der Mauer zerschellt, aber was man von ihr verlangen darf, wenn sie überhaupt noch politische Bedeutung beanspruchen will, das ist die Behauptung ihres eigenen historischen Rechts. Sie soll endlich einmal wahr halten, was sie vor fünfzig Jahren jubelnd verkündet hat, daß nämlich die Firma von Gottesgnaden Bankrott gemacht hat.

Es hilft nichts, Jahr um Jahr, Jahrzehnt um Jahrzehnt den Kampf zu verschieben, der doch einmal ausgefochten werden muß. Jeder Tag mahnt durch kläglich traurige Erfahrungen daran, wie weit Deutschland durch das ewige Kompromittiren und Paktiren mit dem Gottesgnadenthum in der Reihe der modernen Kulturvölker zurückgeblieben ist. Wie die Reform des Militärstrafverfahrens, so sind heute noch hundert Forderungen moderner Kultur unerfüllt, deren Erfüllung vor fünfzig Jahren jedem gebildeten Deutschen als selbstverständlich galt. Und da soll es eine gleichgültige Sache sein, das Gottesgnadenthum mit neuen Machtmitteln auszustatten, und hätten sie selbst im Vergleich zu der Macht, die es schon besitzt, auch nur das Gewicht einer Federsacke? So kann man nur argumentiren, wer die Profitinteressen des Kapitals immer noch höher einschätzt, als die notwendigen Lebensbedingungen der Volksmassen.

Inzwischen verlassen wir uns nicht auf den deutschen Liberalismus, auf den niemals Verlaß ist, sondern auf die ungekürzte Preßfreiheit, die Noth. Sie wird die Klassen, die hinter dem Gottesgnadenthum stehen, weiter und weiter treiben in den entscheidenden Kampf, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein kann. Je stärker die Herausforderungen sind, die das Gottesgnadenthum an

die Massen richtet, um so mehr werden sie mit dem Bewußtsein durchdrungen, daß es Zeit und höchste Zeit ist, die moderne Welt mobil zu machen gegen alle feudalen Schatten und Schemen. Und dann werden die Erwählten des allgemeinen Stimmrechts im Jahre 1898 das Gottesgnadenthum begraben, nachdem die Erwählten des allgemeinen Stimmrechts im Jahre 1848 ihm nur erst einen vorzeitigen Todesschein geschrieben haben."

Oesterreich-Ungarn.

Demonstration der Sozialisten. Die Budapestener Sozialisten hielten Sonntag eine Volksversammlung ab, in welcher die Redner für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, für geheime Wahl und andere Forderungen eintraten. Ferner wurde ein Umzug durch die Straßen veranstaltet, an welchem sich etwa 30 000 Mann beteiligten. Auch drei österreichische Reichsraths-Abgeordnete nahmen an der Demonstration theil.

Holland.

Die persönliche Dienstpflicht soll nun auch hierzulande eingeführt werden. Wahrscheinlich wird die holländische Bourgeoisie derselben hartnäckigen und erfolgreichen Widerstand, wie die belgische diesem Gesekentwurf, entgegenbringen.

Belgien.

Der belgische Arbeitsminister hat die Einbringung eines Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter für die bevorstehende Tagung der Kammern angekündigt. Die Großindustriellen geben sich in Folge dessen sehr unvernünftig. Ihre Zeitungen erklären, wenn der Arbeitsminister immer weitere die Industrie belastende Reformen einführe, müßten die Großindustriellen ihre Werke schließen, die Arbeiter entlassen und als Rentiers leben. Als ob jemand dergleichen Drohungen als Ernst auffassen könnte.

In der Stichwahl im Wahlkreise Waremmie siegte der katholische Kandidat mit 11 536 Stimmen über den sozialistischen, der 10 803 Stimmen erhielt. Gegenüber dem ersten Wahlgange gewann unser Kandidat 4134, der Meritale dagegen bloß 2083. Gegenüber dem Resultat der allgemeinen Wahlen in diesem Kreise haben unsere Genossen 9303, die Meritale aber bloß 403 Stimmen gewonnen.

So zeugt diese Wahl für glänzende Fortschritte unserer belgischen Parteigenossen.

Ausweisung Louise Michel, Charlotte Faerville und Broussoudoux trafen von Paris hier ein, um Vorträge zu Gunsten der Verurtheilten von Monjuich zu halten. Als sie den für die Vorträge bestimmten Saal betraten, wurden sie von der Polizei aufgefordert, sich nach dem Polizeibureau zu begeben. Hier wurde ihnen der Ausweisungsbefehl zugestellt. Die Polizei eskortirte sie mit gezogenem Säbel, da erregte Individuen sie zu befreien suchten. Nachher wurden noch etwa 15 weitere Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei zerstreute mit der blanken Waffe mehrere Schaaren Manifestanten, welche Hochrufe auf die Anarchie ausbrachten und sich nach der spanischen Votenschaft begeben wollten.

Es steht der Brüsseler Polizei wirklich gut an, den spanischen Greneln auf diese Weise Billigung und moralische Unterstützung zu verleihen.

Frankreich.

Die Bewegung gegen die Getreidezölle, welche das Steigen der Getreide- und Brodpreise im Volke hervorgerufen hat, macht auf Herrn Meline keinen Eindruck. Eine Depesche aus Paris meldet: Nach eingehender Berathung gelangte das französische Cabinet zu der Ansicht des Ministerpräsidenten Meline, daß die Getreidezölle nicht zu ermäßigen seien, da alle Landwirthe 2/3 des französischen Volkes, sich wohl dabei befänden. Um jedoch auch der Städtebevölkerung gerecht zu werden, veranlaßte die Regierung, daß die Eisenbahn-Gesellschaften die Getreidefrachttäge bei Entfernungen über 200 Km. zu ermäßigen hätten.

Zum Panama-Prozeß schreibt man der „Berliner Zeitung“ aus Paris:

Es bestätigt sich, daß im Panama-Prozeß die Anklagekammer alle von dem Untersuchungsrichter angeschuldigten Personen, nämlich die Abgeordneten Raquet, Maret und Boyer, die früheren Abgeordneten Laisant, Planteau, Rigaut, Gaillard, Saint-Martin und Arton vor das Pariser Schwurgericht verwiesen hat. Der ebenfalls angeschuldigte frühere Abgeordnete Richard hat sich, wie man weiß, vor einigen Tagen entleibt. Der Prozeß könnte demnach schon im Oktober zur Verhandlung gelangen, wenn nicht von einigen oder sämtlichen Angeeschuldigten Einsprache gegen den Spruch der Anklagekammer beim Kassationshofe erhoben wird. Wie verlautet, geht der Abgeordnete Maret mit dem Beispiel voraus. Die Angeschuldigten tragen große Zuversicht zur Schau und finden jetzt, daß es in ihrem eigenen Interesse gelegen habe, die Behauptungen des Erzschwindlers Arton in öffentlicher Verhandlung zu widerlegen. Je weiter der Prozeß fortschreitet, desto ungewisser wird sein Ausgang und das Publikum, dem die ganze Geschichte schon höchst gleichgültig geworden ist, wäre keineswegs überrascht, wenn der ganze sensationelle Handel schließlich mit einer allgemeinen Freisprechung enden würde.

Türkei.

Friede? Die beiden Hauptartikel der Friedens-Präliminarien, wie sie von den Mächten definitiv angenommen worden sind, lauten der „Frankf. Ztg.“ zufolge in deutscher Uebersetzung folgendermaßen:

Art. 2. Griechenland zahlt eine Kriegsschadigung von vier Mill. L. t. Es wird ein Arrangement getroffen, das die

früheren Gläubiger nicht schädigt. Eine aus Vertretern einer jeden Macht bestehende internationale Kommission wird in Athen ernannt. Durch das helleinische Parlament wird in Uebereinstimmung mit den Mächten ein Gesetz votirt, daß die für den Dienst der Kriegsschadigung und der anderen nationalen Schulden bestimmten Revenuen festsetzt und die Art der Erhebung regelt, die unter die direkte Kontrolle dieser Kommission gestellt wird.

Art. 6. Die Räumung beginnt in dem Monate, der dem Augenblicke folgt, in dem die Mächte der Mächte sind, daß genügende Garantien gegeben sind und die Emission stattfinden wird.

Einer Depesche aus Wien zufolge sind die Präliminarien des Friedens zwischen der Türkei und Griechenland am Sonnabend unterzeichnet worden.

Tüben und Nachbargebiete.

21. September.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Mißbefahren von Gebi. Wasserstradt, M. Senff, H. W. Th. Wahrdt, J. B. S. Pamperin, F. Schramm, sowie Demuth u. Co., ist der Bezug streng fernzuhalten. Auftragen u. s. w. sind zu richten an D. Mohle, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter **Achtung, Bäcker!** In Rostock sind Differenzen ausgebrochen und ist Bezug fernzuhalten.

Im Prozeß der Mißbefahren gegen das Streikomitee, Redakteur und Verleger fand heute Verhandlung statt. Die Entscheidung soll in 8 Tagen verkündet werden.

Friedhofs-Ordnung. Der Senat, im Einvernehmen mit der Bürgererschaft, hat die Bestimmungen im letzten Absätze des § 11 des Kirchhofs- und Begräbnis-Ordnung vom 20. Juli 1874 abzuändern beschlossen wie folgt:

„Die Bepflanzung von Gräbern mit Gesträuchen, Stauden oder Blumen darf nur mit Genehmigung und nach Anweisung des Kirchhofsausschusses (§ 15) stattfinden. Die Kirchhofs- und Begräbnis-Deputation übernimmt auf Wunsch die Bepflanzung sowie die fortwährende Unterhaltung von Gräbern gegen Entrichtung der tarifmäßigen Gebühren, welche öffentlich bekannt zu machen sind. Den Angehörten der Kirchhofsverwaltung ist es verboten, die Bepflanzung oder Unterhaltung von Gräbern für eigene Rechnung zu übernehmen.“

Anlaß zu dieser Anordnung gab die Wahrnehmung, daß der frühere Kirchhofsausschuss, welche jene Arbeiten sonst für eigene Rechnung ausführte, dabei ein riesiges Geschäft machte. Die Kirchhofs- und Begräbnis-Deputation veranschlagt den Nebenverdienst auf mindestens das Doppelte des pensionsfähigen Dienstinkommens.

Tuberkulinimpfung des vom Auslande seawärts eingeführten Rindviehes. Der § 6 der Verordnung, betreffend die Tuberkulinimpfung des vom Auslande seawärts eingeführten Rindviehes, vom 13. Februar 1897 erhält folgende Fassung: § 6: Für jedes der Impfung unterzogene Kind ist vom Importeur gleichzeitig mit der Quarantänegebühr eine Gebühr von 1,50 Mk. zu entrichten.

Bürgerchaft. Sitzung vom 20. September. Der Senat bereitet gestern der abnungsfloßen Bürgerchaft eine große und sehr peinliche Ueberraschung. Zu Beginn der Berathung verlas Senator Dr. Behn folgendes Senatsdekret:

„In ihrer Versammlung vom 29. März ds. Js. hat die Bürgerchaft das Ersuchen an den Senat gerichtet, ihre eine Vorlage wegen Einführung einer staatlichen Klassenlotterie und zwar so bald entgegenzubringen, daß die daraus zu erwartenden Einnahmen in das Staatsbudget für das Jahr 1898/99 eingestellt werden können.“

Der Senat hat hieraus Anlaß genommen, über die Frage, welche finanziellen Ergebnisse eine einzuführende Staatslotterie haben würde, kommissarische Ermittlungen anzustellen. Auf Grund derselben ist er zu der Ueberzeugung gelangt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung einer öffentlichen Staatslotterie eine irgendwie erhebliche Einnahme nicht verhelfen würde. Der Senat sieht daher davon ab, dem Antrage der Bürgerchaft näher zu treten.“

Der Verblüffung der auf die großen Lotterierträge erpichten Volksvertreter geb Dr. Wenda Außdruck.

Wir geben unserer Bemüthung über die Haltung des Senates hierdurch Ausdruck und wollen hoffen, daß er in diesem Punkte hart bleiben wird.

Der Anerkennung durch das Volk wird er hierin immer sicher sein.

Ueber die weiteren Verhandlungen werden wir morgen ausführlicher berichten.

Dem Jahresbericht der Verwaltung der Armenanstalt für 1896/97 entnehmen wir nachstehende Angaben: Die Einnahmen und Ausgaben balancirten mit 312 675,24 Mk.

Die Einnahmen setzten sich zusammen aus:

Saldo von 1895/96	73 331	Mk.	—	Pf.
Zinsen	53 034	„	32	„
Ländereien (Pacht u. s. w.)	29 099	„	06	„
Miethe von Gebäuden	1 000	„	—	„
Grundhauern, Legate, Renten, Zinsvermächtnisse, regelmäßige Zuwendungen	10 958	„	34	„
Milde Gaben	5 316	„	53	„
Salinengefäße	1 420	„	59	„
Berpflegung (ersehnte Auslagen)	16 666	„	—	„
Feuerung (ersehnt)	322	„	24	„
Krankenpflege (erstattete Kosten)	29 726	„	79	„
Sonderer	10 225	„	32	„
Sonstige Einnahmen	1 125	„	52	„
Erlös aus Grundstücken	16 804	„	—	„

Die Ausgaben aus:

Gehalte	9 496	„	—	„
Pensionen	1 536	„	—	„
Verwaltungskosten	6 786	„	40	„
Belegte Kapitalien	94 700	„	—	„
Zinsen	2 074	„	50	„
Juridisch gezahlte Pacht	26	„	53	„
Borgeschriebene Leistungen (ewige Renten u. s. w.)	467	„	18	„
Kosten der Hausammlungen	750	„	—	„
Berpflegung	81 745	„	37	„
Feuerung	2 133	„	—	„
Krankenpflege	48 501	„	66	„
Für Schulzwecke	876	„	18	„
Sonstige Ausgaben	515	„	42	„
In Grundstücken belegt	12 000	„	—	„
Saldo	21 067	„	—	„

Das Gewinn- und Verlustkonto weist einen Gewinn von 15454,91 Mk. auf. Für Unterhaltungen wurden 587,62 Mk. mehr angewendet als im Vorjahre. Zur Prüfung der Frage, in welcher Weise der Nothlage entgegenzuwirken werden kann, die für die Armenverwaltung und die davon betroffenen Familien dadurch entsteht, daß arbeitsfähige Männer ihre Familie verlassen und der öffentlichen Armenpflege preisgeben, hat, wie der Bericht mittheilt, auf Veranlassung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit für die Zeit von 1. Juli 1896 bis dahin 1897 eine Erhebung durch Zählarten stattgefunden, die für 2 162 ergeben hat, daß während der Zählperiode aus Anlaß der Trennung der Familienhauptes von der Familie in 58 Fällen Unterhaltungen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden mußten.

Die Gesamtzahl derjenigen Personen, welche eine direkte Unterstützung erhielten, betrug am 1. April 1896 358 männliche, 268 weibliche (626), am 31. März 1897 317 männliche, 272 weibliche (589). Im Laufe des Jahres wurden insgesamt unterstützt 839 männliche, 387 weibliche (1226), von welchen wiederum 238 (Ehefrauen und 822 Kinder) indirekt Unterstützung bezogen, sodas also 2309 Personen oder 3,21 pSt. der Bevölkerung an der Armenunterstützung partizipirten.

Nicht uninteressant ist das Verzeichniß der Motive, aus welchen im Berichtsjahre 88 Personen der Armenpflege zum ersten Male zur Last fielen. Es geschah dies in 6 Fällen wegen Arbeitsmangels, 11 Fällen wegen geringen Verdienstes von Mann oder Frau, 4 Fällen wegen zahlreicher Familie, 9 Fällen wegen Verlassens der Familie durch den Mann, 19 Fällen wegen Erkrankung des Mannes oder der Frau, 13 Fällen wegen Haß des Mannes, 4 Fällen wegen hohen Alters, 8 Fällen wegen Todes des Ernährers, 6 Fällen wegen geringerer Erwerbsfähigkeit des Mannes oder der Frau, 2 Fällen wegen Trunksucht des Mannes, Strafanträge auf Grund § 301, 5 und 10 des St.-G.-B. (bzw. williges Verlassen u. s. w.) wurden gestellt, welche zur Verhaftung der Schuldigen mit Haft führten.

Im Armen- und Arbeitshaus befanden sich am 1. April 1896 108 Männer, 17 Frauen (125), am 31. März 1897 106 Männer, 15 Frauen (121), im Ganzen verpflegt wurden 133 Männer, 18 Frauen (151).

In der Krankenstation des Armen- und Arbeitshaus befanden sich am 1. April 1896 19 Männer (19), am 31. März 1897 33 Männer, 2 Frauen (35), im Ganzen verpflegt wurden 340 Männer, 4 Frauen (344).

Im Asyl für Obdachlose wurden verpflegt 6 Männer, 19 Frauen, 21 Kinder (46).

Die Zahl der täglich durchschnittlich insgesamt verpflegten Personen betrug 144,2.

An freiwilligen Arbeitern waren 41 beschäftigt (29 Männer, 12 Frauen). Der Durchschnittsverdienst der Männer pro Tag betrug 1,078 Mk., der der Frauen 1,261 Mk., der Gesamt Durchschnittsverdienst 1,111 Mk. (gegen 1,276 Mk. im Vorjahre).

Die Verpflegungskosten betragen pro Kopf und Tag 21,72 Pf., die Gesamtkosten desgleichen 61,24 Pf.

Im Siechenhaus befanden sich am 1. April 1896 11 Männer, 68 Frauen (79), am 31. März 1897 11 Männer, 67 Frauen (78), im Ganzen verpflegt wurden 13 Männer, 81 Frauen (94).

In der Kinderpflegestation befanden sich am 1. April 1896 55 Knaben, 56 Mädchen (111), am 31. März 1897 59 resp. 58 (117), im Ganzen verpflegt wurden 68 resp. 74 (142), gestorben sind 3 resp. 4 (7).

In der Zdiotenanstalt zu Alsterdorf bei Hamburg befanden sich zur Rechnung der Armenanstalt am 1. April 1896 8, am 31. März 1897 6 Zählunge.

Für Krankeneten wurden 930,33 Mk. verausgabt.

Im Krankenhaus befanden sich zur Rechnung der Armenanstalt am 1. April 1896 40 Personen (32 männl., 8 weibl.), am 31. März 1897 28 (16 männl., 12 weibl.), im Ganzen wurden verpflegt 313 (133 männl., 80 weibl.) Die hierdurch verursachten Kosten betragen 22672 Mk.

Im Kinderhospital befanden sich am 1. April 1896 1 Knabe, 6 Mädchen (7), am 31. März 1897 8 Knaben, 6 Mädchen (14), im Ganzen wurden verpflegt 15 Knaben, 28 Mädchen (43), Kostensumme 4291,80 Mk.

In der Irrenanstalt befanden sich zur Rechnung der Armenpflege am 1. April 1896 38 Männer, 28 Frauen (66), am 31. März 1897 42 Männer, 31 Frauen (73), im Ganzen wurden verpflegt 50 resp. 35 (85). Kosten: 17154,94 Mk.

Beerdigt wurden für Rechnung der Armenanstalt 65 Erwachsene, 24 Kinder.

Ueber den Kohlenverbrauch moderner Schnell-dampfer auf See kann man sich schwer eine Vorstellung machen. Derselbe geht ins Riesenhafte. Die Doppelschrauben-Schnelldampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Augusta Victoria“, „Friedrich Bismarck“, „Normannia“ und „Columbia“ verbrauchen im Durchschnitt pro Tag 250 bis 300 t Steinkohlen, 1 t = 1000 Klg. während 10 t = 200 Zentner = 1 Doppelwaggon sind also 35 Doppelwaggons. Für jede Meile von Hamburg nach Newyork und umgekehrt, die 3600 Seemeilen lang ist, sind 175 bis 210 Doppelwaggons, also 1750 bis 2100 t Kohlen erforderlich. Die Herbeischaffung solcher für einen Dampfer und eine Fahrt berechneten Kohlenmenge macht vier Kohlenzüge von je 50 Doppelwaggons nötig. Die Kohlenbunker der Schiffe enthalten indessen, da sie einen Vorrath für zehn Tage besitzen, ein Kohlenquantum, das noch um die Hälfte höher ist, als das vorgenannte. Das Maschinen- und Kesselpersonal besteht aus 24 Ingenieuren und 130 Heizern und ist beispielsweise doppelt so groß wie das Maschinen- und feemannische Personal des großen, ebenfalls durchaus modernen Transportdampfers „Palatia“, der für seine Reise nach Newyork zwar 10 bis 11 Tage gebraucht, dagegen für die ganze Dauer derselben nur 100 Waggons Kohlen nötig hat. Die Hamburg-Amerika-Linie benutzt zur Ausrüstung ihrer Schiffe in Hamburg fast ausschließlich deutsche Kohlen, und zwar gebraucht sie in einem Jahre eine halbe Million Tonnen, das kommt einer täglichen Zufuhr von 60 Eisenbahnwaggons gleich. Während die älteren Schnelldampfer des Norddeutschen Reichs für eine Meile von Bremen nach Newyork 25 000 Zentner Kohlen = 125 Waggons Kohlen gebrauchen, erfordert der neue im Frühjahr dieses Jahres vom Stapel gelaufene und in kurzer Zeit in Fahrt zu setzende größte Schnelldampfer der deutschen Flotte, Kaiser Wilhelm der Große“ einen Bedarf von 500 t = 10 000 Ztr. oder fünfzig Doppelwaggons täglich. Für eine Meile des Schiffes von Bremen nach Newyork sind vierhundert Waggons = 4000 t erforderlich. Der gesammte Kohlenbedarf des Norddeutschen Reichs in Bremen beträgt jährlich 780 000 t. Der Preis hierfür erreicht eine Summe, welche von 10 Millionen Mark nicht weit entfernt ist.

„Frauenkampf“ heißt die Parole des Tages, und diesem hoch aktuellen Thema widmet sich auch der neueste, liberalis spannende Roman des bekannten Autors Hermann Heiberg. Derselbe erscheint im Oktober-Quartal in der Roman-Beilage zur colorirten Ausgabe von „Mode und Haus“ (Berlag John Henry Schwertin, Berlin W. 35). Auf gleicher Höhe mit den geistigen und praktischen Forderungen der Zeit steht der übrige Inhalt dieses bisher unübertroffenen, reich illustrierten Universalblattes für die Familie, welches für die deutsche Hausfrau eine wahre Fundgrube ist, umschließt es doch mit seinen vielen Beilagen 12 Spezialblätter! „Mode und Haus“ — zu nur 1 Mk. vierteljährlich — schließt in sich ein vollständiges Modenblatt mit Schnittmusterbogen (mit jeder 14täg. Nummer) und ein mit gediegenem Inhalt versehenes Familienblatt. Ganz besonders können wir die 1,25 Mk. Ausgabe empfehlen, mit Coloris, Musikillustrationen und Romanbeilage „Aus besten Federn“. Außerordentlich nützlich und für Mütter ist auch das im gleichen Verlage erscheinende Gebrauch-

H. Meier, Schuhmacher,

wohnt jetzt
Melerstrasse 20 a.

Eine junge alleinstehende Frau
sucht Beschäftigung im Waschen und Reinmachen
Engelstr. 28/2 oder Untertrave 26/2.

Die Schweineschlachterei

von
W. Strohsfeldt

73 Glockengießerstraße 73

empfehlen:

Frische Hühner, Pfd. 60 Pf.

Carbonade . . . Pfd. 70 Pf.

Quersfleisch . . . Pfd. 50 Pf.

Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.

Praten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.

Kaff und Wein . . . Pfd. 20 Pf.

Geräucherter Speck Pfd. 60 Pf.

Gehackte Mettwurst Pfd. 60 Pf.

Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

Dochseine Margarine, Pfd. 55 Pf.

Feine Margarine, Pfd. 50 Pf., bei

Abnahme von 5 Pfd. u. mehr billiger.

Feinstes Schmalz, Pfd. 40, 2 Pfd. 75,

Landmettwurst, Pfd. 1 Pf.

empfehlen
Joh. Breede,
Dankwartstraße 37 Mühlenbrücke 7.

Margarine.

Empfehle allen Hausfrauen die vorzügliche Marke

„ff. Creme“, Pfd. 60 Pf., 2 Pfd. 1,15

2. Qualität Pfd. 50 Pf., 2 Pfd. 95 Pf.

zum Brodbelag, Koch- und Backzwecken.

J. C. W. Böck, Senfstrichstraße 7.

Margarine

von **A. L. Mohr,**

Bahrenfeld,

Marke FF Pfd. 65 Pf. b. 4 Pfd. à 60 Pf.

do. AAA Pfd. 60 Pf. b. 4 Pfd. à 55 Pf.

do. A. Pfd. 50 Pf. b. 4 Pfd. à 45 Pf.

FF Margarine ist im Geschmack u. Nährwerth

gleich guter Butter und kann ich die Marke FF

Gastwirthen sowie jeder Hausfrau ganz besonders

empfehlen

B. Harms, Untertrave 69.

Fischergrube-Cafe.

Billigste Bezugsquelle

für

Naturelle Weine

Portwein,

Sherry,

Madaira, Malaga.

Amerikant vorzügl. naturelle Südwine,

beliebte Dessertweine, ärztlicherseits em-

pfahlene Krankenweine, Außergewöhn-

lich billiger Preis: Ganze Flasche

Mk. 1,20, 10 St. Mk. 11,00

ohne Glas! Nette und sehr alte

Marken (bis zurück zum Jahrgang 1895)

zu gleichfalls verhältnismäßig sehr nie-

drigen Preisen. (Auswahl 30 Sorten.)

Fleisch- Fern-

händlerstr. **Otto Voigt** sprach.

14. 438.

Weinhandlung und Bodega.

Directer Import

von Bordeaux- und Südwine.

Da es für Jedermann notwendig ist, mit

dem Inhalt der

Reichsgesetze

bekannt zu sein, empfehlen wir:

Bearbeitung d. Deutschen Reiches 0,30 Mk.

Strafprozessordnung nebst Ge-

richtsverfassungsgesetz. . . 1,60 „

Civilprozessordnung mit Gerichts-

verfassungsgesetz, Einführungsgefehen,

Rebengefehen und Ergänzungen. . . 2,50 „

Gesetz betr. die Gewerbegebiete 0,50 „

Strafgesetzbuch für das Deutsche

Reich nebst d. gebräuchlichsten Reichs-

Strafgefehen . . . 1,- „

Unfallversicherungsgesetz . . . 2,- „

Krankenkassengesetz . . . 1,20 „

Gewerbeordnung . . . 2,00 „

Reichsgesetz betr. Abzahlungs-

Geschäfte . . . 1,- „

Invalditäts- und Altersversiche-

rung der Arbeiter zum Handge-

brauch für alle bei Ausführung des

Gesetzes Beteiligten . . . 0,25 „

Dasselbe mit Erläuterungen von

A. Bebel und P. Singer . . . 0,50 „

Zu beziehen durch die

Expedition des „Lübecker Volksbote“.

Reaktionsblüthen.

Die Schlot- und Stranzjunker kehren sich nach den vorwärtlichen Piten zurück. Was magt in das große Horn der Reaktion bläst, wird von ihnen verfolgt, und so haben sie auch eine Hege gegen einige „unbotmäßige“ Universitätsprofessoren eröffnet. Man erinnert sich dabei an die Zeit des preussischen Reaktionsministers Eichhorn, unter dem die hochkonservative Strömung ihren Höhepunkt erreichte und als freies Denken in den Kreisen der akademischen Lehrer vollkommen verpönt war.

Eichhorn mit seinem System des Denk und Glaubens zwang es in Preußen ganz radikal vor mit der Unterdrückung aller freibüchlichen Regungen. Er stürzte sich nicht auf Einzelnes; sein Ziel sollte umfassend sein. Man sagt ihm nach, es seien manchmal viele Wochen verfloßen, in denen er an jedem Tag eine Schrift verbot oder einen Prepprozess veranlaßt habe. Demats wurden die Schriftsteller sehr häufig „wegen frechen, unehrerblichen Tadeln der Landesgesetze“ unter Anklage gestellt und es war gefügigen Richtern eine Kleinigkeit, mit hohen Strafenparagrafen ihre Verurteilungen zu begründen.

Wo die akademischen Lehrer ein freies Wort wagten, wurden sie fast gestellt. Dem Demokraten Walewode (eigentlich Cohn) in Mühlberg traf sehr bald ein Verbot seiner Vorlesungen; nach ihm kam Nauwerd in Berlin daran. Nauwerd hatte sein Amt gegen einige öffentliche Einrichtungen in Preußen gerichtet und gezeigt, daß es besser sein könnte. Eichhorn ist sofort über diesen „unbotmäßigen“ Professor her. Er fand in dessen Vorträgen „eine unverkennbare Tendenz, zur Unzufriedenheit mit der bestehenden Verfassung aufzurufen, eine gehässige Weise, bestehende Gesetze zu kritisieren, ein rücksichtsloses Verfechten subversiver Theorien.“ Der Minister fragte bei der philosophischen Fakultät an, ob solch ein Staatsverbrecher noch an einer Universität Vorlesungen halten könne. Die Fakultät antwortete erst, sie sehe in Nauwerds Vorlesungen keinen Grund zum Einschreiten. Aber Eichhorn kam wieder und drängte einige an sich harmlose Bemerkungen Nauwerds, um die philosophische Fakultät einzuschüchtern; da hielt das Rückgrat der Herren Philosophen nicht länger Stand und Nauwerds Vorlesungen wurden untersagt.

Robert Bruß, der bekannte Dichter, wollte an der Universität Halle Vorlesungen über Literaturgeschichte halten. Eichhorn ließ ein Verbot gegen ihn ergehen. Bruß wollte nur private Vorträge halten, aber da kam die Polizei und verbot sie, so daß Bruß einfach mundtot gemacht war.

Auch die Theologen, die nicht in das Horn der Orthodoxen à la Hengstenberg blasen wollten, verfolgte Eichhorn; so den Theologen Schwarz in Halle, weil dieser mit der „politischen Oberleitung der Kirche“ nicht einverstanden war. Demats gehörte wenig dazu, wie man sieht, „unbotmäßiger Tendenzen“ beschuldigt zu werden.

Henrichs las in Halle über Politik. Er war weder ein Pietist noch ein Absolutist; darum schrieb Eichhorn an die philosophische Fakultät, einen solchen

Mann könne man über Politik an einer Hochschule nicht lesen lassen. Ebenso ging es dem Professor Merker, der gesagt hatte, daß die Staat und die kirchliche Entwicklung des Volkes nur in der Freiheit gedeihen könne.

Hegel wurde von den Frommen als der „Erzwater der Lüge“ bezeichnet und Eichhorn achtete bis zu einem gewissen Grade die Hegel'sche Philosophie, wobei ihm aber der Theologe Marheineke muthig entgegentrat, der den Satz aufstellte, ohne Freiheit gebe es keine Wissenschaft. Eichhorn dagegen sprach es offen aus, daß nach seiner Meinung Offenheit und Wahrheit mit der Kirche und dem Staate unverträglich seien. Man müsse, sagte er, den wahren Glauben mit den kräftigsten Mitteln aufrecht erhalten.

Da konnte Bruno Bauer mit seiner „Kritik der christlichen Geschichte der Synoptiker“ herausgegeben und man verbot ihm seine Vorlesungen, obwohl Marheineke ihn in Schutz nahm und in seinem Gutachten betonte, daß Bauers Werk in seinem innersten Kern eine Verherrlichung des Christenthums sei.

Die Eingriffe Eichhorns gingen noch weiter. Drei Berliner Professoren, die jedenfalls vom „Westphal“ so weit entfernt waren, wie das Berliner Kammergericht vom Pariser Revolutionstribunal, wollten eine „Rechtliche Zeitschrift für Leben und Wissenschaft“ herausgeben. Eichhorn verbot ihnen dies, denn, sagte er, sie würden die Zeitschrift im Geiste der Hegel'schen Philosophie redigieren. „Die mit der Kirche und dem Staate, wie sie sein konnten und dürften, ganz unverträglich sei.“

Über solchen willkürlichen Spruch wird sehr viel gelacht.

Während man so die Professoren verfolgte, wandte der geniale Eichhorn seine Fürsorge den Unteroffizieren zu. Er ermittelte eine Stabintendanz, wo durch die Unteroffiziere, die Anspruch auf Zivilverfechtung hatten, die Verurteilung ausgesprochen wurde, sich als Volksschullehrer anstellen zu lassen, wenn sie nach ihrem Austritt aus dem Heere ein halbes Jahr ein Lehrerseminar besucht hatten. Somit war in Preußen die Volksbildung auf die Höhe der Eichhorn'schen Weltanschauung gebracht. Damit nichts fehle, wurden ganz harmlose Bücher, wie Dinters Lehrerbibel und ähnliche Schriften geächtet.

Die Studenten demonstrieren gegen das Eichhorn'sche System und verspotteten dasselbe. Sie mißten die Hörsäle der pietistischen Professoren und fanden sich um so zahlreicher bei den freisinnigen ein. Dies führte zu neuen Maßregelungen. In Königsberg wurde ein Garnisonsprediger Namens Rupp, der zugleich Gymnasialdirektor war, „wegen Mangels an positivem Christenthum“ in Untersuchung gezogen.

Aber Eichhorn förderte mit all diesen Dingen nur die Ausbreitung des „Anglaubens.“

Dieser reaktionäre Kultusminister war wie der reaktionäre Staatsrechtslehrer Stahl, kein Preusse. Eichhorn stammte aus der kleinen badischen Stadt Werthim am Main, war in preussische Dienste getreten und hatte

*) Verfasser der drei ersten Evangelien.

zur Zeit der napoleonischen Herrschaft dem Tugendbund angehört. Er war ein Anhänger des Metternich'schen Systems und glaubte, eine allgemeine „Stabilität“ gegenüber den Wirkungen der französischen Revolution sei möglich durch religiöse und politische Unbotmäßigkeit und Polizeimaßregeln.

Er sah sein Werk untergehen. Mit einem Stoße warf die Märzrevolution von 1848 das reaktionäre Gebäude Eichhorns über den Haufen. Er nahm am 19. März seine Entlassung.

Die Erinnerung an die Eichhorn'sche Zeit ist darum heute sehr lehrreich, weil man sieht, wie weit eine auf Wissenschaft und Orthodoxie gestützte Reaktion zu gehen vermag.

Soziales und Partei-Leben.

Wüstrow. Durch das Eingehen unserer Waggonfabrik emersiebt und infolge der fast ganz daraus bestehenden Bauhätigkeit andererseits ist das Erwerbsleben hier am Ort nicht allein für die Arbeiter, sondern für alle produktiven Einwohner unserer Stadt ein sehr fragwürdiges geworden, daß wohl viele mit bangen Sorgen der Zukunft entgegen gehen. Es hat allen Anschein, daß hier ein wirtschaftlicher „Kladderadatsch“ anzuwachen wird als Folge einer vorausgegangen „flotten“ Wimperode, von der freilich die Sahne des Unternehmertums und andere Glückstritter abgeschöpft haben. Obgleich die Liquidation der Waggonfabrik öffentlich bekannt war, gab es doch eine große Anzahl Arbeiter, welche nicht an das Eingehen derselben glauben wollten; es hatte sich die unantastbare Meinung bei diesen festgesetzt, daß höchstens ein momentaner Stillstand eintreten oder ein Wechsel in der Leitung der Aktionäre stattfinden würde. Jetzt aber, wo die nackten Thatfachen, oder richtiger, die Existenzfrage an jeden einzelnen herantritt, wo ungefähr 180 Wohnungen leer stehen, wo der größte Theil unserer Arbeiter nach auswärtig um Arbeit gehen muß; jetzt sieht jeder ein, daß es mit dem Eingehen der Fabrik bitterer Ernst ist. Die hieraus sich ergebenden Rückwirkungen schienen auch in den „höheren“ Gesellschaftskreisen gewürdigt zu werden, und man sinnt darauf, wie einem Massenelend vorzubeugen sei. Bürgermeister Süßerot, welcher bekanntlich zu gleicher Zeit Direktor unseres Armenwesens ist und gewiß alle Ursache hat, für die Belastung der Armenkasse besorgt zu sein, hat es sich namentlich angelegen sein lassen, in dieser Beziehung sein möglichstes zu thun, jedoch wie wir hören, leider ohne Erfolg. In einer am 30. Juni d. J. durch den Kaufmann Wildfang einberufenen Versammlung von Interessenten zur Erbauung einer neuen Waggonfabrik am hiesigen Plage wurde ein Komitee gewählt, welche den Plan gefaßt hat, mit der Gründung einer Aktiengesellschaft für Waggonbau vorzugehen. Das Grundkapital hierzu ist auf 300 000 Mark veranschlagt und soll durch 600 Stück Aktien zu je 500 Mark aufgebracht werden. Von dem Grundkapital entfallen auf zu errichtende Gebäude 95 000 Mark, Maschinen und Werkzeuge 80 000 Mk., Geleise- und Hofenanlagen 20 000 Mark, für Unvorhergesehenes 5000 Mark, so daß ein Betriebskapital von 100 000 Mark verbleibt. Die „zunächst“ ständig zu beschäftigende Zahl von Arbeitern soll 200 betragen, jedoch wird bei

Die Juridikerin.

Ein Sittenbild aus der Berliner Mäntel-Konfektion.
Von Franz Held.

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Anna war an's Fenster getreten; sie wollte öffnen, denn die Lungen versagten ihr den Dienst. Sie mußte frische Luft haben, schnell!

Sie drückte auf den Fenstergriff, riß zerrend, es ging nicht auf. Vielleicht war die Stange unten eingerostet. Da lief sie über den Korridor ins offene Zimmer gegenüber und riß dort das Fenster auf.

In tiefen Sägen athmete sie die erquickende Luft des Sommerabends.

Da unten schoben sich Menschen und Fuhrwerke jeder Art in kompaktem, wirr brausendem Strom durch einen engen, schon bläulich dunkelnden Straßenschacht. Hinten weit verlор sich das Gewimmel in dunstigen Nebel, als hätte es sich völlig zwecklos die lange Reihe hinabgewälzt.

Nur die oberen Drittel der linken Häuserfront waren noch von der untergehenden Sonne beleuchtet. Sie schienen zu brennen in süchtigem, orangeröthlichem Licht. Eine gerade, scharfe Linie trennte diese helle, obere Fläche von der Dämmerung drunten.

Anna kam das Alles ganz neu vor. Es war ihr, als sei ihr plötzlich eine Haut von den Augen abgetrennt worden.

Ach, dachte sie, wie tief stecken sie im Dunkel, die Trabenden da unten! Viel, viel tiefer, als sie selbst ahnen! Sie lassen's sich ja gefallen, daß man eine Scheidelinie aufrichtet zwischen ihnen, den armen Teufeln und den Besitzenden, Mächtigen, Schrankenlosen. Eine Scheidelinie, noch viel schärfer, wie die da drüben an der Häuserreihe, zwischen Licht und Schatten.

Und auf der haarfeinen Scheidelinie ist eine Scheidewand erbaut worden, unübersteiglich hoch.

Daß man zwischen ehelichen und unehelichen Kindern solch tief einschneidende Unterschiede macht — was anders ist das, als ein Schlaglicht der Scheidewand zwischen arm und reich? Und der Arme ist für den Reichen so wenig ein Mensch (das fühlte Anna jetzt brennend), daß er sogar seine eigenen Kinder mit der Tochter eines Armen erzeugt, nicht für Sprößlinge seiner Art hält, sondern für eine künstliche Waare.

Vielleicht sehen sie mit Absicht uneheliche Kinder in die Welt, dachte Anna voll Bitterkeit, damit die Menschen-Erniedrigung nur ja nicht aussterben kann. Damit sie immer neue Gründe haben zur „moralischen Entrüstung“, die ihnen so wohl ansteht und ihrer Verdauung so zuträglich ist!

Anna blieb immer noch stehen. Sie vergaß unter der Wucht ihrer Empfindungen wo sie war.

Im oberen rothgoldenen Streif der Häuserfronten glänzten und gleißelten die Fensterscheiben vom letzten Gruß der Abendsonne. In den unteren Etagen waren sie starr, kalt, todt. Das Menschengeschiebe wurde immer undeutlicher in der niedersinkenden Finsterniß, ein unenträglich-barer Anäuel.

Die da unten walteten wie in einem ekelhaften Sumpf von grauer Verdrossenheit, der sich mit Bleigewicht zäh an jeden ihrer mühseligen Schritte hing. Und oben hoch, von einer Häuserreihe zur andern glänzte und strahlte der Strang der kupferrothen Telephondrähte wie eine Jubelharfe des sorglosen Lebensgenusses!

Durch diese Drähte riefen sich in diesem Augenblick glückliche Menschen zu, wo sie sich treffen wollten, um den Abend fröhlich miteinander zu verbringen. Vielleicht im Theater oder Konzert, vielleicht bei einem traulichen Familientheestisch. —

Schwindel packte Anna. Ihr eigener Vater hatte ihr das anthon wollen!

Sie kam sich vor, wie bereits geschändet durch die bloße Absicht des Elenden!

Jetzt mußte es sein — denn jetzt mußte sie ja, daß sie kein menschliches Wesen war. Einem menschlichen Wesen bietet sein Vater doch das nicht!

Ob es nicht das Beste wäre, wenn sie auf die Straße liefe und sich dem Strom der Passanten da unten entgegenwürfe, quer über's Trottoir und dazu schreien: Hier! hier ist Alles, was von mir übrig ist! Nehmt mich! Tretet und trampelt alleamt über mich weg!

Aber nein, nein — und nochmals nein!

Denn ihre Mutter — dieser ihr von jeher zuversichtlich fester Glaube war ihr aus dem so glücklich und zart lächelnden Ausdruck des lieben Frauengesichts auf jener Photographie neu bekräftigt worden — ihre Mutter war rein gewesen. War selbst in den Armen jenes reichen Wüstlings rein geblieben! Was für ein Engel mußte sie gewesen sein! Sie wollte ihr im Grabe keine Schande machen.

Sie richtete sich straff auf und ging auf den Flur hinaus.

Dort rief sie mehrmals: „Ist denn hier Niemand? Frau Schent! Wo sind Sie?“

Als Keiner antwortete, stieg sie die Treppe hinunter und ging auf die Straße. Sie wollte die Kuppelrin sofort zur Rede stellen, indem sie auf das nächste Polizeibureau lief und Klage führte.

Drunten fragte sie nach einem Polizeibureau. Es ging durch mehrere Straßen bis dahin.

Unterwegs wurde sie in ihrem Voratz schwankend. So lange mit dem Alten zusammen in dem verschlossenen Zimmer — was wohl die Exzellenz für Lügen vorbringen würde?!

Prosperität des Unternehmens und besserer Finanzierung es nicht ausgeschlossen sein, daß eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigt wird. Ob nun aus dem Plane etwas wird, darüber werden wir nunmehr nicht lange mehr im Unklaren sein; der 18. September ist nämlich seitens des Komitees als letzter Tag zur Zeichnung von Aktien festgesetzt — wir wollen hoffen! Das aber das Komitee nicht aus Mitleid mit der Arbeiterklasse bemüht ist, geplantes Unternehmen ins Leben zu rufen, das beweist uns die aufgestellte „fachmännische“ Kalkulation. Derzufolge werden die in einem Jahre fertig gestellten Wagen einen Brutto-Gewinn von 252 518 M. ergeben und nach Abzug der General-Kosten — also für Materialien, Arbeitslöhne, Kohlen usw. 50 484 Mark als „Mehrwert“ — nach unserem Begriffe: nicht bezahlte Arbeitsleistung — verbleiben, das heißt eine Dividende von 8,8 Prozent. Wie die Figura zeigt, ist die Wohlthätigkeit ein rentables Geschäft, wenn man den nötigen Gebührent hat.

Die Stettiner Seelente, denen sich sämtliche Matrosen und Heizer der im Hafen liegenden Schiffe von Stettiner Rhedereien angeschlossen waren am 16. d. M. in einen Streik wegen folgender Forderungen eingetreten: Monatslohn für Matrosen und Heizer 50 Mark, Bezahlung jeder Ueberstunde mit 30 Pfg. und 24 stündige Abkündigung im Heimatshafen (bisher konnten die Leute im Heimatshafen sofort entlassen werden.) Am 17. ds. Mts. haben die Rheder die Forderungen bewilligt. Die Zahl der Mitglieder des Stettiner Seemannsvereins ist von 305 in Zeit von drei Wochen auf 627 gestiegen.

Die Seelente von Stralsund hielten am 15. d. M. eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Störmer-Hamburg unter dem Beifall der Anwesenden über Mittel zur Verbesserung der Lage der Seelente referierte und auf den Mitte November in Hamburg tagenden Seemannscongreß hinvies. Zum Vertrauensmann der dortigen Seelente wurde C. Bahls, Alte Nichtenbergerstraße 11 in Stralsund, gewählt. Nach Schluß der Versammlung ließ sich wieder eine Anzahl Seelente in den Verein aufnehmen.

Aus Nah und Fern.

Hamburg. Ein gelungenes Gaunerstückchen. Sonnabend Nachmittag wurde von dem Ewerführerkontor der Transport-A.G., vormals S. Hecke, an der Hannoverschen Bahn ein Lehrling nach dem Hauptkantor am Bippelhaufe gesandt, um von dort 650 Mark zum Auszahlen der Ewerführer zu holen. Der junge Mann hatte das Geld in Empfang genommen und war damit im Alten Wandrahm angekommen, als ihm ein sehr gut gekleideter Mann nachkam und ihm einen Brief und ein Packet überreichte, welches er sofort nach der Privatwohnung des J. Hevede bringen sollte. Er handigte dem Lehrling noch 20 Pf. ein, damit er nach der Privatwohnung fahren könne. Er ließ sich dann das Geld von dem Lehrling einhändigen mit dem Bemerkten, der Kontorbote Dreier solle es besorgen. Als nun der Lehrling in der Wohnung des H. angelangt war und das Packet geöffnet wurde, stellte es sich heraus, daß es mit Erde angefüllt war. Obenauf lag ein Zettel mit der Aufschrift: „Trost, Trost, Trost, Dein Geld das bist Du los!“ Selbstverständlich war seitens des Kontorpersonals der Firma Niemand beauftragt, dem Lehrling das Geld wieder abzunehmen, die Polizei ist sofort in Kenntniß gesetzt worden und fahndet auf den Gauner.

Lüneburg. Vom kaiserlichen Bezirksrichter in Tanga (Deutsch-Ostafrika) ist ein Steckbrief hinter dem Dr. phil.

Anna hatte ja keine Zeugen. Er konnte das Abscheulichste von ihr erfinden.

„Wir glaubt man mehr, wie Ihnen!“ hatte er ja gesagt. Womöglich brachte er es fertig, daß man sie für die Schutzbige hielt —

Sie sah gerade, wie eine ältliche Prostituirte von einem Schutzmann, der sie am Oberarm gepackt hielt ins Wachlokal abgeführt wurde.

„Die hat Einen uff de Friedrichstraße anjerempelt, det alle Diehr! sagte ein Pferdebahnkutscher zu einer Frau, die am Rand des Damms aus einem Handwägelchen Kokoschnitte verkaufte.

Anna schauderte und Lehrte zitternd hart vor der Thür des Polizeilokals um.

Auch später erstattete sie keine Anzeige. Aus der Arbeitsstube blieb sie einfach fort, ihren rückständigen Lohn ließ sie von einer Freundin holen. Für ihr Ausbleiben gab sie keinen Grund an, noch forderte sie eine Aufklärung von Frau Schenk.

Sie wollte eine Aussprache mit dieser vermeiden — denn sie schämte sich vor sich selbst, das Geschehene einem auseinanderzusetzen zu müssen.

Frau Schenk ihrerseits ließ nicht das Mindeste von sich hören. Denn sie war durch die Exzellenz von dem unliebamen Verkauf der Zusammenkunft (bis auf die Vaterchaft!) verständigt worden. Es schien ihr das Beste, Gras darüber wachsen zu lassen — oder wenigstens abzuwarten, ob diese Gans zuerst Schritte gegen sie thun würde. Dann wäre es ja immer noch Zeit genug, den Hieb zu pariren.

Ein paar Tage später traf Anna ein flüchtig mit ihr bekanntes Dienstmädchen aus der Schenk'schen Pension auf der Straße. Es erzählte ihr, es sei entlassen worden, weil es, durch Anna's Schreiben herangeführt, an der Thür gehorcht und von dem Streit der alten Exzellenz mit

Wilhelm Lohse aus Lüneburg erlassen worden. Er wird beschuldigt, in Wüsch und Mengini dem Dolmetscher Lehrer aus Kairo und dem Händler Weimaides aus Bangani unrealisirbare Checks auf die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft in Bangani im Werthe von zusammen 6784 Rupien in Zahlung gegeben zu haben. Es wird angenommen, das sich Lohse nach Deutschland gewandt hat. —

Nach Beendigung der großen Manöver drängt sich die Frage auf, was sie wohl gekostet haben mögen. „Wir können, so lesen wir in der „Frankf. Hg.“ die Kosten der Verpflegung, Einquartierung, der Zulagen an die Offiziere und Mannschaften, die Ausgaben für Munition, Errichtung der Magazine, Schlächtereien, Feldbäckereien usw., nicht genau berechnen. Die Summen gehen in die Millionen! Genauer aber läßt sich ausrechnen, was der Transport der Truppen und der Armeebedürfnisse gekostet haben wird. Von Nürnberg aus wurden am 3. und 4. September etwa 22 000 Mannschaften, über 1000 Offiziere, 3000 Pferde, 170 Geschütze und Fahrzeuge, an 250 Fahrräder in etwa 1500 Wagen und mit 30 Sendungen befördert; schon vorher aber mußten die Regimenter in das erste Manövergelände bei Gunzenhausen mit etwa 20 Sonderzügen transportirt werden. Von Trier, Koblenz, Saarlouis, Metz, Saarbrücken u. trafen mehr als drei Divisionen zum größten Theil mit Sonderzügen in der Umgegend von Frankfurt und Hanau ein. Man geht wohl also nicht fehl, wenn man die Zahl der zum Manöver mit der Bahn beförderten Mannschaften auf 45 000, die Zahl der vom Manöver rückbeförderten aber auf etwa 75 000 Mannschaften, somit die Gesamtzahl der beförderten Offiziere auf 7000, der Mannschaften auf 120 000, der Pferde auf 8000, der Geschütze und Fahrzeuge auf 600, der Fahrräder auf 1200 schätzt. Nimmt man nun an, daß durchschnittlich bei dem Hintransporte 200 Kilometer, bei dem Rücktransporte aber 250 Kilometer durchfahren wurden (und dies ist sicher nicht zu viel, da die bayerischen Regimenter meistens 300—400 Kilometer weit zu befördern waren), so ergibt sich an der Hand der Tarife folgende Berechnung: Bei Beförderung von Offizieren werden bezahlt für den Kilometer 5 Pfg., von Feldwebeln und Gemeinen 1,5 Pfg., für Pferde je 13 Pfg., für Fahrzeuge 30 Pfg., bei Beförderung von mehr Pferden und Fahrzeugen in einem Wagen ermäßigt sich die Taxe auf durchschnittlich 8 oder 24 Pfennig. Es kostet somit der Transport bei nur 200 Kilometer Weg:

der Offiziere	für jeden 10 M.	mithin etwa	70 000 M.
der Mannschaften	3 „ „	„	360 000 „
der Pferde	16 „ „	„	130 000 „
der Fahrzeuge	48 „ „	„	30 000 „
der Fahrräder	10 „ „	„	10 000 „
der Krantransporte und Gepäckstücke	einad	20 000 „	
Verlust der Wagen, welche teilweise abgegeben wurden			20 000 „
Zusammen 610 000 M.			

Also weit über eine halbe Million. Wir überlassen es andern Fachmännern, ergänzend zu berechnen, was das Uebrige, namentlich auch der Ersatz der Monturen, die zum größten Theil ganz verborben sind, kostet und wie viele Pferde neu angeschafft werden mußten; denn Hunderte sind theils zu Grunde gegangen, theils lahm geworden; ferner, welche Auslagen für die Reparatur der beschädigten Fahrzeuge, für Entschädigung der Grundbesitzer in dem Manövergelände erwachsen. Wir glauben nicht zu hoch zu greifen, wenn wir die Kosten dieser Manöver auf mehr als zehn Millionen schätzen ganz abgesehen von dem unberechenbaren Schaden, den die Geschäftswelt durch tagelanges Einstellen des Verkehrs erlitt.“

einem Mädchen, den sie hinter verschlossener Thür mitangehört hatte, im Besindegzimmer geplaudert habe. Sie hätte an der Stimme wohl gehört, daß es Anna sei — aber sie versichere sie auf Ehre und Gewissen, daß sie ihren Namen nicht verrathen habe.

Sie gingen ein großen Stück Weges zusammen. Von diesem Mädchen erfuhr Anna die Wahrheit über die „Pension“.

Die Geschichte hatte allerdings für den Uneingeweihten den Anschein einer wirklichen, ganz honetten Pension. Einige kleine Familien wohnten fest in den vorderen Zimmern.

Sie führten mit einigen nicht im Hause wohnenden Junggefallen zusammen, einen ständigen, von Frau Schenk's „Haushälterin“ gut geleiteten Mittagstisch.

Dieser war in Anbetracht seiner Vortrefflichkeit so billig und Frau Schenk hatte sich ihre Leute so gut ausgesucht, daß sie über die Dinge, die in den Hinterzimmern vor sich gingen und die ihnen auf die Dauer wohl nicht verborgen geblieben sein konnten, beide Augen zudrückten, um die halb geschenkte Pension nicht zu verlieren.

Die „Haushälterin“ hatte aber auch die Schlüssel zu jenen Hinterräumen in Verwahrung und ließ diese Zimmer nur für vorübergehenden Besuch öffnen, auf eine Stunde oder eine Nacht. Dort wurde von Frau Schenk schon seit Jahren regelmäßig Kuppelerei getrieben.

Hauptsächlich mit dem Personal aus ihrer Arbeitsstube, die sie wohl nur zum Zweck des Mädchenfanges betrieb. Fast alle waren sie regelmäßige Besucherinnen dieser Höhle der Unzucht (Bertha allerdings noch nicht und auch die alte Emma nicht), in letzter Zeit kam sogar die Postsekretärstochter, die hinter die Untreue ihres Studenten gekommen, dazu. Die beiden „Nichten“ rangirten natürlich obenan, sozusagen als „Stützen der Rangfrau“ oder „Prokuristinnen“ des Geschäfts.

Eine nüchterne Herrschaft gesucht. Dederant, 15. September. Wie oft liest man im Juristentheil der bürgerlichen Presse, daß ein „nüchterner“ Knecht oder Tagelöhner gesucht wird. Als Gegenstück kann man die nachstehende Anzeige ansehen, die in Nr. 109 des hiesigen Wochenblattes mit folgendem Wortlaut enthalten war: „Eine nüchterne Herrschaft sucht Ernst Rieger.“

„Die schöne Tänzerin und ihr Lohn.“ Eine Kapitänin der Heilsarmee, Fräulein Johanne Leddig, kündigte im Sommer d. J. in einem Magdeburger Blatte eine Heilsarmee-Versammlung an und als Programm das Thema: „Die schöne Tänzerin und ihr Lohn.“ Dieses Thema gefiel der Polizeibehörde nicht; sie erblüete in ihm einen „groben Unfug“ und übersandte der „Kapitänin“ einen Strafbefehl in Höhe von 15 Mark. Die „Kapitänin“ ließ sich das natürlich nicht gefallen und erhob Widerspruch. Die „Kapitänin“ verfocht am 16. September vor dem Magdeburger Schöffengericht „Die schöne Tänzerin und ihr Lohn.“ Als die „schöne Tänzerin“ bezeichnete sie die Tochter des Herodes und als Lohn der Schönen das Haupt Johannes des Täufers. Sie mußte sich auch auslassen darüber, warum sie so ein kurioses Thema festsetzte. Und siehe da, sie sagte: „Um mein Publikum, die Besucher der Theater und Kneipen, anzuziehen, müssen die Anzeigen der Heilsarmee etwas packend abgefaßt werden.“ Der Amtsanwalt nahm groben Unfug als vorliegend an, weil das Publikum hätte annehmen können, in den religiösen Vorträgen der Heilsarmee trete zur Abwechslung eine schöne Tänzerin auf. Der Gerichtshof hielt eine solche Möglichkeit für ausgeschlossen und sprach die Angeklagte frei. Heil!

Der Duellblutstau feiert noch immer seine Odegen! Aus Sieben wird der „Volkstg.“ unterm 15. Septbr. gemeldet: Heute in aller Frühe wurde hier im benachbarten Schiffsberger Wald ein schweres Duell ausgefochten. Bedingung dabei war Stugelwechsel bis zur Kampfunfähigkeit. Der „Erfolg“ war der, daß beide Gegner schwer verletzt in die Klinik kamen, wo das Ableben des Einen stündlich von den Ärzten erwartet wird. Gegner waren die Eunjährigen Gebrüder Schmitz aus Homburg und Jacob aus Rodheim, Angehörige der Korps „Hassia“ und „Lentonia“. Grund zu dem mörderischen Beginnen bildete eine Lappalie, die kein vernünftiger Mensch als Beleidigung aufgefaßt haben würde. Die Gegner dienten beide bei der 3. Kompagnie des 116. Infanterie-Regiments und sollten heute Vormittag ihre Offiziersprüfung ablegen. Beide jungen Leute haben täglich als Tischnachbar bei einem und demselben Speisewirth gegessen. Die gegenseitige Sympathie soll während der Militärzeit nicht groß gewesen sein. Im letzten Manöver lagen beide Kameraden gemeinsam in einem Nothquartier und hier soll nun Nachts einer den anderen im Schlafe etwas unvorsicht mit dem Fulse herührt haben, was jener für eine beabsichtigte Beleidigung gehalten hat. Der studentische „Ehrengerichtshof“, dem diese lächerliche Affaire zur Begutachtung vorgelegen hatte, hielt das Duell mit den schweren Bedingungen für am Platze!

Litterarisches.

Der Arbeitsvertrag des Handlungsgehilfen von Rich. Lipinski, Leipzig. An der alten Oster 2 (Selbstverlag). Ein Kommentar zu dem am 1. Januar 1898 in Kraft tretenden sechsten Abschnitt des Handelsgesetzbuches mit Berücksichtigung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Gesetzes zur Bekämpfung des unfaulteren Wettbewerbes und des Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnens, sowie sonstiger einschlägiger Gesetzesbestimmungen, unter Bezugnahme der Entscheidungen des Reichsgerichts, mit ausführlichen Sachregister. 48 Seiten Oktav. Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg. Das Werk ist unentbehrlich für jeden Handlungsgehilfen.

Über Frau Schenk hatte auch außer ihren Mäntelnäherinnen immer noch eine Menge hübscher junger Mädchen an der Hand — und junger Frauen.

„Na, wenn die Wände reden könnten!“ sagte das Dienstmädchen. „Das gäbe manche Ehecheidung in ganz „anständigen“ Familien.“

Und was für pikare Herren da verkehrten! Es war kaum zu glauben, wo die Alte die Alte herkrügte. Lauter Herren in bligebanten Zylindern, mit Brillanthöpfen auf dem Faltenhemd. Manchmal kam noch spät in der Nacht Einer mit Frack und weißer Wunde vorgefahren, in eigener Equipage und auf dem Schlag war ein Wappen gemalt und auf dem Bock saß neben dem Kutscher ein gallonirter Diener. Ja, hin und wieder hatten welche sogar die ganze Brust voller Orden und trugen Eskarpinns. Die kamen wohl von einem Hofball.

Die „Haushälterin“, die sie Alle beim Namen kannte, hatte ihr bei gemeinsamen Spaziergängen unter den Linden (sie war schon mehrere Jahre im Haus und genoß deshalb das volle Vertrauen ihrer Vorgesetzten) Viele gezeigt und ihre Ämter und Titel genannt.

Da waren Bank- und Fabrikdirektoren, die Besitzer der größten Konfektionshäuser und anderer Niesengeschäfte; dann Konfistorialräthe, Hofprediger, Vorstehenden von Vereinen zur Beförderung der Sittlichkeit oder zur Unterbringung stellenloser junger Mädchen, Gerichtsherren, Grafen und Fürsten die schwere Menge.

Deshalb war es auch kein Wunder, daß nicht das Mindeste von dem Rummel entdeckt wurde.

Anna fragte sie, warum denn sie keine Anzeige erstattet hätte.

„Das kann ich nicht“, sagte das Mädchen verlegen. „Sie müssen nämlich wissen, ich kam als ein ganz junges unerfahrenes Ding dahin.“

(Fortsetzung folgt.)